

**Protokoll Nr. 09/09 der 9. Sitzung des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses am 15.12.2009**

**Öffentliche Sitzung**

**3. Anfragen von Bürgern an den FVR gemäß § 25 (5) GO des Stadtrates**

keine

**4. Bestätigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben in der Haushaltsdurchführung 2009 (BV FVR)**

➤ BV 01

Verwaltungshaushalt  
 Allgemeine Gebäudeverwaltung/ Mieten, Pachten  
 Bewilligungsbetrag: 6.600,00 €

Herr Reigl:

- erläutert die BV und weist auf die zusätzliche Begründung hin, die allen StRM vorliegt.

Abstimmung:

Zustimmungen: 10  
 Gegenstimmen: 0  
 Stimmenthaltungen: 0

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird zum **Beschluss Nr. 101/2009** der Sitzung vom 15.12.2009 erhoben.

➤ BV 02

Vermögenshaushalt  
 Rückbau von Wohnblöcken der AWG, Ernst-Heß-Str. 1-3, Investitionszuweisungen an private Unternehmen/ AWG  
 Bewilligungsbetrag: 13.400,00 €

Herr Reigl:

- erläutert die BV.

Abstimmung:

Zustimmungen: 10  
 Gegenstimmen: 0  
 Stimmenthaltungen: 0

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird zum **Beschluss Nr. 102/2009** der Sitzung vom 15.12.2009 erhoben.

➤ BV 03

Verwaltungshaushalt

1. Staatl. Gewerbl. Kaufm. BBZ, R.-Schumann-Str. 6, Heizungskosten  
 Bewilligungsbetrag: 50.000,00 €

2. Gymnasium Haus Judithstr. 70, Heizungskosten Schule und Sporthalle Wolfsgrube  
Bewilligungsbetrag: 25.000,00 €
3. Regionales Förderzentrum, Auenstr. 86, Heizungskosten  
Bewilligungsbetrag: 25.000,00 €
4. Staatl. Gewerbl. Kaufm. BBZ, R.-Schumann-Str. 6, Glas-, Gebäude- und sonstige  
Reinigungsleistungen  
Bewilligungsbetrag: 30.000,00 €

Herr Reigl:

- erläutert BV.
- Wenn es gewünscht wird, kann über jeden Punkt einzeln abgestimmt werden.

Herr Dr. Hardt:

- Kann eine periodengerechte Abrechnung damit erreicht werden?
- Wie oft wird so ein Ausgleich noch vorkommen?

Herr Lamprecht:

- Preissteigerungen und Verbrauch größerer Mengen (strenger Winter) führten zu Mehrkosten.
- periodengerechte Abrechnung angestrebt

Herr Reigl:

- Frage zielte darauf ab, ob es noch andere Fälle gibt.

Frau Schlegel-Fahrenbach:

- Fachämter wurden durch die Kämmerei beauftragt, ihre Ansätze zu überprüfen.
- Seitens des Sozialdezernates wurden noch Gelder benötigt, um Rechnungen von November und Dezember noch in diesem Jahr bezahlen zu können.
- Es ist nicht auszuschließen, dass an anderer Stelle noch Rechnungsüberhänge entstehen.

Herr Dr. Miersch:

- fragt an, ob alle StRM mit einer Gesamtabstimmung (Punkt 1 bis 4) einverstanden sind.

konkludente Zustimmung

<u>Abstimmung:</u>	Zustimmungen:	10
	Gegenstimmen:	0
	Stimmenthaltungen:	0

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird zum **Beschluss Nr. 103/2009** der Sitzung vom 15.12.2009 erhoben.

➤ BV 04

Verwaltungshaushalt

Kita „Fröbel“ - Karl-Marx-Str. 62, Zuschüsse für laufende Zwecke; Personalkostenzuschuss  
Bewilligungsbetrag: 20.000,00 €

Herr Dr. Miersch:

- Beschlussvorlage wurde durch die Verwaltung zurückgezogen.
- Durch Minderausgaben bei anderen Kindereinrichtungen sind noch genügend Deckungsmittel im eigenen Bereich vorhanden.

Herr Reigl:

- Geld wird benötigt, kann aber durch bereits vorhandene und bewilligte Deckungsmittel bereitgestellt werden.

Herr Lamprecht:

- Es wurden mit allen Trägern der Kitas Verhandlungen über die Kostensätze 2009 geführt; dabei hat sich herausgestellt, dass nicht in allen Einrichtungen die Personalkosten voll genutzt wurden (durch Krankheit u.ä.).
- Somit können die Mehrkosten aus den nicht verbrauchten Mitteln finanziert werden.

➤ BV 05

## Verwaltungshaushalt

Naturschutz und Landschaftspflege, Unterhalt von sonstigem unbeweglichen Vermögen  
 Bewilligungsbetrag: 11.620,00 €

Herr Reigl:

- erläutert die BV.

Herr Hornschuch:

- bittet um detailliertere Erläuterung.

Herr Reigl:

- Es handelt sich um Flächen, die von uns unter Schutz gestellt wurden, die sich aber in Privateigentum befinden.
- Es gibt die Möglichkeit, entspr. Förderanträge zu stellen und bewilligte Mittel an Privatpersonen zweckgebunden zur Verfügung zu stellen; hier: Weidebetrieb.
- Wenn es nicht öffentlich bezahlt wird, wird seitens der Privateigentümer nichts gemacht.
- Eine detailliertere Antwort kann von der unteren Naturschutzbehörde nachgereicht werden.

Herr Dr. Miersch:

- Es wurden Mittel eingesetzt, um das Gebiet abzuholzen.
- Wenn keine Pflege erfolgt, wächst alles nach.
- Durch Beweidung kann die Naturbelassenheit der Bergwiese sichergestellt werden; dies ist im Interesse des Ortschaftsrates.
- Privateigentümer hat selbst nicht das Interesse und wird somit nur tätig, wenn ihm öffentliche Gelder für die entsprechenden Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Lämmerzahl:

- Es gibt mehrere Möglichkeiten, um solche ausgewiesenen Flächen zu pflegen:
  - o mähen lassen; entstehen Kosten
  - o Anreiz geben, dass durch Beweidung naturnahe Pflege erfolgt

Herr Reigl:

- Das geht aber nur mit öffentlicher Finanzierung, sonst macht es keiner.

Herr Dr. Hardt:

- Eine Privatperson bekommt also die finanziellen Mittel?

Herr Reigl:

- ja, aber zweckgebunden für diese Maßnahme

Herr Dr. Hardt:

- bittet um Erläuterung der Eigenmittel von 4.980,00 €.

Herr Reigl:

- Stehen im Haushalt noch zur Verfügung und werden durch die 11.620,00 € Fördermittel aufgestockt, so dass die Gesamtfinanzierung von 16.600,00 € sichergestellt ist.

Frau Schlegel-Fahrenbach:

- Der Haushalt wird nicht zusätzlich belastet.

Frau Müller:

- Ist bekannt, wer die Mittel bekommt?

Herr Eickemeier:

- Das Dreisbachtal wurde bisher mit großem Aufwand gemäht, würde das dann wegfallen?
- Wer hat die Mittel bisher bekommen?

Herr Lämmerzahl:

- die Firma, die die Mäharbeiten durchgeführt hat

Herr Eickemeier:

- Welche Stelle ist dafür zuständig?

Herr Reigl:

- die untere Naturschutzbehörde
- Die Gelder werden nur weitergereicht, da selbst keine Weidezäune gebaut werden.

Herr Lämmerzahl:

- Es gibt entsprechende Förderprogramme vom Land; man muss sich darum kümmern, um Gelder zu bekommen.
- Zwei Jahre wurden die Wiesen nicht gemäht; Ergebnis: das Unkraut wuchert und der Charakter einer Bergwiese geht verloren.
- Ohne Fördermittel würde nichts passieren.

Herr Reigl:

- Eine detaillierte Antwort wird für die nächste Sitzung des FVR am 19.01.2010 vorbereitet.

Abstimmung:

Zustimmungen: 10  
Gegenstimmen: 0  
Stimmenthaltungen: 0

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird zum **Beschluss Nr. 104/2009** der Sitzung vom 15.12.2009 erhoben.

➤ BV 06

Verwaltungshaushalt

Hilfe zum Lebensunterhalt, laufende Leistungen, rückzahlbare Hilfen, Darlehen (a.v.E.)

Bewilligungsbetrag: 15.000,00 €

Herr Reigl:

- erläutert die BV.

Herr Dr. Hardt:

- Hat der niedrige Ansatz von 3000,00 € immer so gereicht?

Frau Schlegel-Fahrenbach:

- Das Fachamt hat das so eingeschätzt.

- kann sich in 2010 schon wieder ganz anders darstellen

Herr Lamprecht:

- Ein einziger Fall kann die Kosten so drastisch steigen lassen.

<u>Abstimmung:</u>	Zustimmungen:	10
	Gegenstimmen:	0
	Stimmenthaltungen:	0

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird zum **Beschluss Nr. 105/2009** der Sitzung vom 15.12.2009 erhoben.

➤ BV 07

Verwaltungshaushalt  
Steuern, Gewerbesteuerumlage  
Bewilligungsbetrag: 102.260,00 €

Herr Reigl:

- erläutert die BV.

<u>Abstimmung:</u>	Zustimmungen:	10
	Gegenstimmen:	0
	Stimmenthaltungen:	0

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird zum **Beschluss Nr. 106/2009** der Sitzung vom 15.12.2009 erhoben.

➤ BV 08

Verwaltungshaushalt  
Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GrusAE), Leistungen der Grundsicherung (a.v.E.)  
Bewilligungsbetrag: 20.000,00 €

<u>Abstimmung:</u>	Zustimmungen:	10
	Gegenstimmen:	0
	Stimmenthaltungen:	0

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird zum **Beschluss Nr. 107/2009** der Sitzung vom 15.12.2009 erhoben.

➤ BV 09 (Dringlichkeitsantrag)

Verwaltungshaushalt  
Kindertagesstätten, Örtlicher Jugendhilfeträger, Auszahlung aus Landeserziehungsgeld  
Bewilligungsbetrag: 10.912,00 €

Herr Reigl:

- erläutert die BV.

<u>Abstimmung:</u>	Zustimmungen:	10
	Gegenstimmen:	0
	Stimmenthaltungen:	0

Damit ist die Beschlussvorlage bestätigt und wird zum **Beschluss Nr. 108/2009** der Sitzung vom 15.12.2009 erhoben.

## **5. Anfragen und Anträge zur öffentlichen Sitzung**

### Herr Hornschuch:

- Wie wollen wir mit dem Thema „**Haushaltskonsolidierungskonzept**“ weiter umgehen?
- Das Thüringer Landesverwaltungsamt hat eine grundlegende Überarbeitung bis zum 31.01.2010 gefordert.

### Herr Reigl:

- Es wurde dem ThürLVwA mitgeteilt, dass der Termin nicht gehalten werden kann.
- Das Jahr 2009 hat einige Besonderheiten aufzuweisen (Aufstellung Haushaltsplan 2009, 2 Nachträge, Maßnahmen des Konjunkturprogramms).
- Da personelle Kapazitäten begrenzt sind, konnte das Thema noch nicht behandelt werden.
- Es wurde mit dem ThürLVwA abgestimmt, dass das HSK hinten angestellt werden kann; bedeutet: im 1. Halbjahr 2010 wird zunächst am Jahresabschluss 2009, dann am HSK und dann am Haushaltsplan 2010 gearbeitet.
- Am 16.12.2009 findet ein Abstimmungstermin beim ThürLVwA statt, bei dem ggf. die Größenordnung des Konsolidierungsbedarfs ausgehandelt werden kann.
- Entsprechende Vorschläge werden dann von der Verwaltung gemacht.

### Herr Hornschuch:

- hat Verständnis dafür.
- Es liegt ein strukturelles Problem vor.
- Verantwortung liegt nicht allein bei der Verwaltung, sondern auch beim Ausschuss.
- Die Frage ist: Für welche Veränderungen lassen sich überhaupt Mehrheiten finden?
- enttäuscht darüber, dass das Thema bisher nicht angesprochen wurde.

### Herr Dr. Miersch:

- führt zeitlichen Umfang zur strukturellen Veränderung Bauhof/Suhler Stadtbetrieb als Bsp. an.
- Der FVR hat in 2009 fast alle 2 Wochen getagt, um alle wichtigen Themen zu behandeln; viel mehr war einfach nicht möglich.
- Aus den Vorschlägen der Verwaltung und der Fraktionen zum HSK muss dann eine Lösung gefunden werden.
- Der Haushaltsplan 2010 wird vermutlich nicht vor Mai oder Juni 2010 zustande kommen.

### Herr Dr. Hardt:

- Hauptproblem: Seit Jahren weist der Haushaltsplanentwurf große Defizite auf, gelöst wurde das Problem mit Maßnahmen, die nicht lange tragen.
- strukturelles Problem
- Wir können Fördermittel des Landes nicht bekommen, da die Stadt die erforderlichen Eigenmittel nicht aufweisen kann; „Wir können Geschenke nicht entgegennehmen, weil wir zu arm dafür sind.“; aus dieser Lage müssen wir herauskommen.

### Herr Dr. Miersch:

- Frage des Herrn Hornschuch ist berechtigt.
- Es sollte überlegt werden, wie man in Zukunft mit solchen Dingen umgeht.

### Herr Lamprecht:

- kündigt an, dass es in Zukunft Veränderungen bei den Öffnungszeiten der Einrichtungen (z.B. Waffenmuseum) geben wird, um Geld zu sparen.

Herr Denner:

- Zur Aussage des Herrn Hardt: Es ist kein Beispiel bekannt, bei dem mögliche Fördermittel nicht in Anspruch genommen werden konnten, weil Eigenmittel fehlen; wenn so eine Aussage getroffen wird, sollten auch konkrete Beispiele benannt werden.

Herr Ulbrich:

- Im Rahmen des **Konjunkturprogramms** wurden mehrere Änderungen beschlossen; diese fielen immer zu Gunsten der Jenaplan-Schule aus.
- Wie werden diese Änderungen von der Verwaltung an die Schulen weitergegeben?
- In der Öffentlichkeit sind die Maßnahmen negativ angekommen; die Schule bekommt mehr Geld und beschwert sich noch.
- Was kann man dagegen tun?
- Der Stadtrat wird durch die Jenaplan-Schule immer mies gemacht.
- Sie bekommen mehr als alle anderen Schulen und fühlen sich als die Benachteiligten.

Herr Dr. Hardt:

- Nach der Wende wurde die Lautenbergschule voll saniert; die GS Suhl Nord, Schule in der Ilmenauer Str., die GS Heinrichs folgten; die Sanierung des Gymnasiums wurde auf den Weg gebracht.
- Es fehlen nur noch das BBZ auf dem Lautenberg und die Jenaplan-Schule.
- Am jetzigen Standort wurde nur Instandhaltung gemacht; sehr kurz gehalten, da Umzugstermin bevorsteht.
- Die Toiletten, die Fußböden ect. sind in einem schlechten Zustand.
- Ausnahme bildet nur die sanierte Turnhalle.
- widerspricht der Aussage des Herrn Ulbrich.
- Diskussion über die Verschiebung der Konjunkturmittel ist verständlich.

Frau Müller:

- Handelt es sich eventuell nur um ein Kommunikationsproblem gegenüber der Schule?

Herr Lamprecht:

- Im Stadtentwicklungsausschuss und im Kulturausschuss wurde im November 2009 über das Thema informiert.
- Am 08.12.2009 fand eine öffentliche Schulkonferenz im Neuen Rathaus statt, an der Schüler, Eltern und Lehrer teilnahmen.
- Es wurde über die Veränderungen informiert.
- Es gab auch Stimmen, die eine erneute Verschiebung des Umzugstermins nicht befürworten.
- Letztendlich gehen aber alle diesen Weg mit, da er vernünftig ist.
- Am 14.12.2009 fand eine Vorortbegehung am jetzigen Standort der Schule statt.
- In den letzten 2 Jahren wurden ca. 5.000,00 € in die Toiletten investiert; Hauptgrund ist Vandalismus; es wurde über Kontrollmöglichkeiten seitens der Schule beraten.
- Es werden weitere Mittel zur Beseitigung der Geruchsbelästigung in die Hand genommen.
- Im letzten Jahr vor dem Umzug sind jedoch keine größeren Investitionen mehr geplant.
- Hat Verständnis für die Eltern, Lehrer und Schüler, da der Umzugstermin nun schon mehrfach verschoben wurde.

Herr Reigl:

- Es sollte auch darüber geredet werden, was in der Stadt Suhl in den letzten Jahren erreicht wurde.
- In 2009 wurde der größte Haushalt seit der Wende verabschiedet.

- Es ist auf hohem Niveau investiert worden (Bsp.: CCS, Waffnenmuseum, BÜcherei, Schulen, Kindertagesstätten, Haus der Wirtschaft, Gewerbegebiet Sehmar, Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm, ...).
- Man sollte stolz auf das Erreichte sein.
- Einen solch großen Haushalt werden wir in den nächsten Jahren nicht mehr aufstellen können; jährliche Einsparungen von mind. 3 Mio € müssen realisiert werden; Ausgabenenkungen stehen dabei an 1. Stelle.

Herr Dr. Hardt:

- Durch das Stadtentwicklungskonzept haben wir jetzt die Möglichkeit, Investitionen nicht falsch zu steuern (siehe Standorte für Schulen und Turnhallen).
- Die Wahrscheinlichkeit von Fehlinvestitionen ist jetzt geringer.

Dr. Miersch  
Vorsitzender des Finanz-,  
Vergabe- und Rechnungs-  
prüfungsausschusses

Stark-England  
Beauftragte Mitarbeiterin für den  
Finanz-, Vergabe- und Rechnungs-  
prüfungsausschuss